

PRESSEDIENTST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029–14908 Fax: 9029–14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 16. November 2017

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/ Wapler/ Wieland

Sozialwohnungen im Bezirk

1. Wie beurteilt der Bezirk den Vorschlag des Mietervereins, Bebauungspläne nur für Sozialwohnungen zu erlassen oder Textbebauungspläne für die Schaffung von preiswertem Wohnraum in der Innenstadt aufzustellen?
2. Wie hat bzw. wird sich die Zahl der Sozialwohnungen verändert/verändern im Zeitraum von 2014- 2020?
3. Welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, eine Mieterberatung anzubieten, um Verdrängung von Mieter*innen zu verhindern?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Querung von Pariser Straße über die Bundesallee zur Regensburger Straße für Radfahrende erleichtern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz das Radfahren von der Pariser Straße über die Bundesallee in die Regensburger Straße und umgekehrt zu erleichtern.

Der BVV ist bis zum 30. September 2018 zu berichten.

Begründung:

Bisher müssen Radfahrer/innen aus der Pariser Straße kommend drei Ampelphasen an der Kreuzung Bundesallee/Hohenzollerndamm/Nachodstraße abwarten, um in die Regensburger Straße zu gelangen. Umgekehrt gestaltet es sich ähnlich schwierig, die Bundesallee zu queren, da hierzu auch die Spichernstraße wie Meierottostraße gekreuzt werden muss, bevor die Pariser Straße erreicht werden kann. Da die Pariser Straße wie die Regensburger Straße Teil einer Radroute sind, ist dies keine praktische Lösung. Es sollte geprüft werden, ob ein Radweg entgegen der Fahrtrichtung an der nördlichen Seite der Kreuzung Bundesallee/Hohenzollerndamm/Nachodstraße wie auch an der Nordostseite der Bundesallee eingerichtet werden kann oder ob die Bundesallee direkt zwischen Pariser Straße und Regensburger Straße gequert werden kann.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Fahrradfahren von der Knesebeckstraße in die Schillerstraße ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, das Radfahren von der Knesebeckstraße in die Schillerstraße zu ermöglichen. Dies kann zum Beispiel durch einen Radweg entgegen der Fahrtrichtung an der Südwestseite der Hardenbergstraße erfolgen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

Radfahrer*innen, die aus der Knesebeckstraße in die Schillerstraße fahren wollen, dürfen dies nicht direkt. Ein Radweg entgegen der Fahrtrichtung kann hier Abhilfe schaffen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Schillerstraße als Teil einer bezirklichen Radroute entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Schillerstraße als bezirkliche Radroute weiter zu entwickeln. Die Infrastruktur der Straße ist so zu gestalten, dass hier das Fahrradfahren gut möglich ist und es ist zu überprüfen, ob diese Straße Fahrradstraße werden kann.

Der BVV ist bis zum 30. September 2018 zu berichten.

Begründung:

Bisher fehlt in dem Bereich eine ausreichende und qualitativ gute Radverbindung von Osten nach Westen durch den Bezirk. Die Schillerstraße kann als ein Teil einer solchen Radroute dies übernehmen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Barrierefreier Fußweg in der Schlossstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, das Parken auf der Westseite der Schlossstraße zwischen Horstweg und Knobelsdorffstraße so zu gestalten, dass auch der barrierefreie Teil des Bürgersteiges für Fußgängerinnen und Fußgänger nutzbar ist.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

In diesem Teil ist das Parken im Winkel von 90 Grad zur Fahrtrichtung auf dem Gehweg erlaubt. Dies führt dazu, dass hier der ebene Teil des Bürgersteiges kaum nutzbar ist, weil der größere Teil des Fußweges mit Stufen ausgestattet ist. Damit ist er für diejenigen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, kaum zu nutzen. An dieser Stelle befindet sich ein Seniorenwohnhaus.

Das könnte behoben werden, wenn das Querparken (in Teilen) auf die Straße gezogen wird und der dortige Fahrradangebotsstreifen ebenfalls verschoben wird. Die Straße ist an der Stelle breit genug. Alternativ können das Parken in Fahrtrichtung angeordnet werden oder Teile des Bürgersteiges mit Stufen barrierefrei und ohne Stufen gestaltet werden.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/ Wapler/ Gusy

Parken an der TU

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, mit der TU ein Konzept zu entwickeln, um das Parken auf Baumscheiben vor dem Mathematikgebäude zu verhindern.

Der BVV ist bis zum 28.02. 2018 zu berichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/ Wapler/ Gusy

Klimaschutzziele von Paris ernst nehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass bei öffentlichen Bauten zukunftsweisende Richtwerte für den Energieverbrauch sowie für die Mobilität vorgeschrieben werden. Dazu zählen der Passivhausstandard sowie eine ausreichende Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder.

Der BVV ist bis zum 31. 03. 2018 zu berichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Vandrey/ Wapler/ Gusy

Waldschule in der Jungfernheide

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich für eine Waldschule im Bezirk einzusetzen und zu prüfen, ob damit in der Jungfernheide das bestehende und geplante Angebot ergänzt werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.5. 2018 zu berichten.

Begründung

In der Jungfernheide könnte stadtnah eine Waldschule entstehen, die Kindern und Jugendlichen Kenntnisse über den Wald vermittelt und ihnen ermöglicht, Waldnatur zu erleben.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Vandrey/ Wapler/ Wieland

Freiflächen am Halemweg aufwerten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, für die Freiflächen entlang des Halemwegs mit Hilfe eines Bürgerbeteiligungsverfahrens und eines architektonischen Wettbewerbs ein Konzept zu entwickeln im Sinne der ausstehenden städtebaulichen Umgestaltung zu einem attraktiven Ort der Begegnung.

Der BVV ist bis zum 31.3. 2018 zu berichten.